

cinkus (75) arbeitet ab Anfang 1991 als Subsidiar der Pfarrgemeinde St. Clemens in Sun City (USA), die Präläten *Donato de Bonis* und *Carmine Recchia* verließen das IOR 1993, wobei de Bonis zum Bischof ernannt und Recchia pensioniert wurde. *Luigi Mennini*, der 1942 zum IOR stieß, und Pellegrino de Stroebel gingen 1989 in Ruhestand.

Seit 1989 haben Aufsichtsrat und Geschäftsführung die Umstrukturierung des IOR zu einer nach internationalen Geschäftsregeln arbeitenden Bank betrieben. Das Serviceangebot wurde erheblich erweitert und eine größere Freigabe im Devisenverkehr durchgesetzt. In der Auswahl der Geschäftspartner, Berater und Einleger ist man heute sehr vorsichtig und hat strengere Richtlinien, speziell bei der Annahme neuer Fonds, geschaffen. 1994 waren die Büroräume im Turm Nikolaus' V. gründlich renoviert und mit modernster EDV ausgerüstet worden.

Als im Zusammenhang mit *Schmiergeldzahlungen* an das Chemieunternehmen „Enimont“ (1993/94) und des Baukonzerns „Gilardi“ an römische Parlamentarier das IOR (1993) erneut als eine Durchgangsstelle für Bestechungsgelder genannt wurde, bot die Bank der Mailänder bzw. Turiner Staatsanwaltschaft sofort ihre „loyale Zusammenarbeit... für sorgfältige Nachforschungen“ an, um ein Debakel wie 1982 zu vermeiden. Auf einem über das Staatssekretariat abgewickelten schriftlichen Weg konnten die Einleger der nummerierten Staatsanleihen identifiziert und die Angelegenheit 1994 bereinigt werden. Im November 1995 (und erneut Mitte 1996) wurde dem IOR die Verwicklung in angeblich über ein Konto des Erzbischofs von Barcelona, Kardinal *Ricardo Maria Carles Gordó*, gelaufene Geldwäschen vorgeworfen. Eine Untersuchung ergab jedoch, daß Carles beim IOR kein Konto hatte.

1997 führt das IOR unter dem Schlagwort „Change Management“ einen weitergehenden *Umbau seiner Organisations-*

struktur durch. Spezielles Augenmerk soll der Wertpapierabteilung geschenkt werden, um eine effizientere Führung der Liquidität und Kontrolle schwankender Wechselkurse und Zinssätze zu erreichen. In der Führung dieser sensiblen Sektion hat es bereits 1996 einen Leitungswechsel gegeben. Als wichtigstes Resultat kann die neue Geschäftsführung auf seit 1989 ununterbrochen ansteigende Jahresabschlüsse verweisen.

Diese Bilanzen hält das IOR noch immer geheim und gewährt anderen Kuriendikasterien keinen Einblick in seine Unterlagen. Nur der 1981 gegründete „Consiglio di Cardinali per lo studio dei problemi organizzativi ed economici della Santa Sede“, ein Beratergremium aus 15 Bischöfen der Weltkirche, dem seit 1990 auch Kölns Erzbischof, Kardinal *Joachim Meisner*, angehört, wird seit 1989 mit Informationen versorgt. Die „Präfektur für die wirtschaftlichen Angelegenheiten des Heiligen Stuhls“ wird auf Anfrage mündlich über die Arbeit des IOR unterrichtet. Beide Abteilungen haben aber keine Weisungsbefugnis. Seit 1994 werden die IOR-Haushalte zudem von einer externen Bilanzprüfungsgesellschaft, der Zürcher „Revisuisse“, schweizerische Tochter des US-Unternehmens „Price Waterhouse“, geprüft. Die Gewinn- und Verlustrechnung für 1995 wurde von „Revisuisse“, die bislang noch kein Büro beim IOR unterhält, als „fair and true international standards“ entsprechend bezeichnet.

Dennoch ist das IOR bis heute ein *untypisches Bankhaus* mit ausgewählt privilegiertem Kundenkreis, den Vorteilen einer steuerfreien Zone und selbst im Vatikan nicht nachprüfbarer Finanzpolitik. Eine auch von allen Mitgliedern des Aufsichtsrats gewünschte Publizierung offizieller Jahresberichte wird mit davon abhängen, inwieweit sich die Banker, die als Laien keine kurialen Eigeninteressen wahren müssen, durch seriöse sowie gewinnbringende Arbeit beim Papst Mitspracherechte erwirken.

Hartmut Benz

Rückkehr des Terrorismus?

Die Hintergründe des peruanischen Geiseldramas

Am 22. April befreite ein Spezialkommando 70 Geiseln, die über vier Monate von einer bewaffneten Gruppe der MRTA in der japanischen Botschaft in Lima gefangen gehalten worden waren. Den Blick auf Hintergründe der Geiselnahme lenkt für uns die Juristin Gabriela M. Sierck. Ihr Buch „Kriminalität und soziale Kontrolle in Peru“ ist soeben im Lit-Verlag (Münster) erschienen.

Peru wurde die letzten 16 Jahre von politisch motivierter Gewalt in Form des Terrorismus und der kriminellen Akte durch die Staatsführungen beherrscht. Obwohl die Zahlen eindeutig nachweisen, daß das Ausmaß der Gewalt heute längst nicht mehr so groß ist wie zu Beginn der neunziger

Jahre, wurden dennoch allein im vergangenen Jahr 400 Menschen Opfer politisch motivierter Gewalt.

Seit am 17. Dezember 1996 eine Gruppe der „Revolutionären Bewegung Tupac Amaru“ (Movimiento Revolucionario Tupac Amaru – MRTA) die japanische Botschaft in

Lima stürmte und fast 500 Menschen als Geiseln nahm, hat dieser Gewaltakt die peruanischen Medien, die Politik und auch die internationale Gemeinschaft in Atem gehalten. Die Freilassung der Mehrzahl der Geiseln einige Tage nach der Geiselnahme, wurde mit Erleichterung aufgenommen, aber bis zur „Rückeroberung“ der japanischen Botschaft durch Spezialeinheiten der peruanischen Armee am 22. April 1997 wurde im Land heftig über die Forderungen der MRTA, die Sicherheit der verbliebenen 72 Geiseln und die Frage, wie die Geiselnahme beendet werden soll, diskutiert.

Der Terrorismus in Peru galt als besiegt

Von dem selbstmörderisch anmutenden Angriff der MRTA waren alle überrascht, und das aus verschiedenen Gründen. Als 1992 erst der Führer der MRTA, *Victor Polay*, und später der Führer der Terroristenorganisation „Sendero Luminoso“, *Abimael Guzman*, festgenommen und in der Folgezeit Hunderte von Mitgliedern der terroristischen Gruppen inhaftiert wurden oder sich ergaben, glaubte man in Peru den Terrorismus besiegt zu haben.

Darüber hinaus hatte man in Peru der MRTA schon immer weniger Aufmerksamkeit gewidmet als „Sendero Luminoso“. Ein Blick auf die Zahlen erklärt dies recht schnell. Zwischen 1984 und 1996 wurden nach Angaben der peruanischen Menschenrechtsorganisation „IDL“ (Instituto de Defensa Legal) 13 167 Menschen Opfer der Gewalt von „Sendero Luminoso“ während der MRTA 429 Opfer zugeschrieben werden. Nur vier Prozent aller Gewaltakte entfielen in diesem Zeitraum auf die MRTA. Hauptoperationsgebiete der MRTA waren die Departemente San Martin und Junin, während „Sendero Luminoso“ vor allem im Hochland und in Lima Gewaltakte verübte. Die Mehrzahl der Attentate der MRTA wurde zwischen 1987 und 1991 begangen.

Die Konfliktforscher wurden in Peru „Senderologen“ genannt, was allein schon darauf verweist, daß die Ursachen und Erscheinungsformen der Gewalt der MRTA fast nie Gegenstand von Forschungen und Untersuchungen waren. Die MRTA ist 1982 aus linken Splitterparteien hervorgegangen mit dem Ziel, eine Alternative zur Partei „Izquierda Unida“ (Vereinigte Linke) und zu „Sendero Luminoso“ zu bilden. Die Entführung des Industriellen *José Antonio Onrubia Romero* im Jahr 1983 und Banküberfälle brachten der Gruppe das finanzielle Startkapital für weitere bewaffnete Aktionen. Ihre erste bewaffnete Aktion war 1984 der Angriff auf die Polizeistation in Villa El Salvador in Lima. Ihr folgten Angriffe auf die Wohnhäuser verschiedener Wirtschaftsminister des Landes und auf die Botschaft der Vereinigten Staaten. Ähnlich wie die ehemalige Guerillaorganisation „M 19“ in Kolumbien stahl auch die MRTA aus einem Museum Insig-nien – die des Befreiers Perus von der Kolonialmacht Spanien, General *José de San Martín*.

Im Jahr 1985 kam es immer wieder zu propagandistischen Aktionen und zur Verteilung gestohlener Lebensmittel in den Armenvierteln, was der MRTA zunächst Sympathie in

der Bevölkerung eintrug. Im November 1985 besetzten acht Mitglieder der MRTA die Redaktion der Tageszeitung „El Nacional“ und erzwangen eine Pressekonferenz, um die Bevölkerung über die Ziele der Gruppe aufzuklären. Bei dieser Gelegenheit trat der Anführer des Überfallkommandos auf die japanische Botschaft, *Nestor Cerpa Cartolini*, zum ersten Mal in Erscheinung.

Die besonders gewalttätige Phase der MRTA begann 1987. Polizeistationen wurden angegriffen, Polizisten ermordet und Geschäftsleute entführt. Interne Machtkämpfe wurden zunehmend gewalttätig gelöst, und es kam immer wieder zur Ermordung abtrünniger Mitglieder. Im Februar 1989 wurde der Führer der MRTA, *Victor Polay*, das erste Mal inhaftiert. Zusammen mit 47 Mitgefangenen gelang ihm jedoch im Juli 1990 durch einen Tunnel die Flucht aus dem Hochsicherheitsgefängnis „Canto Grande“.

Ab 1989 gab es immer häufiger Übergriffe auf die Zivilbevölkerung. Z. B. wurde der Führer der Ureinwohner Ashaninkas, *Alejandro Calderon*, entführt und ermordet. Auch ein Richter wurde von Mitgliedern der MRTA ermordet. Mit diesen Übergriffen verließ die MRTA den Pfad einer Guerilla und verwandelte sich in eine *terroristische Gruppe*. Terrorismus wird international als Gewaltanwendung oder als Drohung mit Gewalt gegen Personen oder Sachen zu politischen Zwecken definiert, die von Einzelpersonen oder Gruppen angewandt werden, die im Auftrag einer oder gegen eine Regierung handeln. Alle gängigen Definitionen des Terrorismus gehen davon aus, daß an einem Terrorakt mindestens drei Parteien beteiligt sind: die Täter, die Opfer und die eigentliche Zielgruppe. Mit den Übergriffen auf die zivile Bevölkerung sollte der Staat zunehmend unter Druck gesetzt werden.

Ab 1989 kam es auch zu Machtkämpfen mit „Sendero Luminoso“. Während dieser vor allem im Hochland agierte, wurde die MRTA in die Urwaldgebiete im Norden Perus abgedrängt. Im Juni 1992 wurde *Victor Polay* erneut verhaftet und im April 1993 zu lebenslanger Haft verurteilt. Viele Kämpfer der MRTA ergriffen die Chance, die ihnen das „Gesetz über den freiwilligen Rücktritt“ (Ley de Arrepentimiento) aus dem Jahr 1992 bot: Dieses Gesetz sollte Mitgliedern der terroristischen Gruppen bei Strafreduzierung oder Straffreiheit die Rückkehr in ein gewaltfreies Leben ermöglichen. Vor allem junge und minderjährige Mitglieder der MRTA im Gebiet von San Martin ließen sich in das zivile Leben eingliedern. Viele von ihnen hatten in der Mitgliedschaft bei der MRTA einen Ausweg aus der hoffnungslosen Situation gesucht, in der sich arbeitslose Jugendliche in Peru befinden. So ist es nicht erstaunlich, daß auch dem Überfallkommando auf die japanische Botschaft viele Minderjährige angehörten.

Ein Beispiel dafür, daß in Peru den wahren Ursachen des Terrorismus zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde, und die Regierungen mehr auf militärische Lösungen setzten als auf soziale Maßnahmen: Der Leiter des Menschenrechtsbüros der Diözese Moyobamba hatte 1995 bei einer Konfe-

renz der FiACAT (Internationale Vereinigung der Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter) in Münster über die Arbeit der Diözese bei der Auflösung der Truppen der MRTA berichtet: Mitglieder der terroristischen Gruppen meldeten sich auf einen Aufruf der Kirche hin bei dem Menschenrechtsbüro und baten dieses, das Verfahren zu überwachen. Das Menschenrechtsbüro registrierte die Rücktrittswilligen und beobachtete die nachfolgenden Strafverfahren auf ihre Rechtmäßigkeit. Vier Einheiten der MRTA aus der Region lösten sich so auf.

Die Kirche versuchte durch verschiedene Maßnahmen die Wiedereingliederung der Jugendlichen zu fördern. Die peruanische Regierung versprach zwar Mittel für die Eingliederungsmaßnahmen, hat aber diese nie zur Verfügung gestellt. Für den Leiter des Menschenrechtsbüros der Diözese Moyobamba sind die fehlenden Mittel für soziale Maßnahmen eines der größten Hindernisse bei der Befriedung der Region.

Seit dem Amtsantritt von Präsident *Alberto Fujimori* im Jahr 1990 hat die Armut stark zugenommen, obwohl es gerade in den letzten drei Jahren von Regierungsseite Bemühungen gab, die Armutsquote zu senken. 48 Prozent der peruanischen Familien gelten als arm. Die Arbeitslosigkeit und die versteckte Arbeitslosigkeit sind eines der größten Probleme des Landes. Die derzeitige Wirtschaftspolitik hat weitere Arbeitsplätze vernichtet. Allein der Staat hat mehr als 650 000 Beschäftigte entlassen.

Die große Distanz zwischen den durch die Medien vermittelten Einstellungen und Werten und dem tristen Alltag ist gerade für die Jugendlichen nur schwer zu ertragen. Viele von ihnen schließen sich kriminellen oder terroristischen Gruppen an, in der Hoffnung einen Ausweg aus ihrer Misere zu finden. Hinzu kommen die ethnischen Probleme des Landes. Diese hatte sich vor allem „Sendero Luminoso“ zunutze gemacht, indem er auf alte indianische Mythen zurückgriff und so gerade bei der entwurzelten städtischen Bevölkerung mit Zuspruch rechnete.

Die Hautfarbe, die Zugehörigkeit zu einer Minderheit sowie seine populistischen Maßnahmen beeinflussten auch das Ansehen von Präsident Fujimori. Dieses ist trotz der ungelösten wirtschaftlichen Probleme nie ganz tief gesunken. Die Bevölkerung ist ihm dankbar, daß er das Problem der Hyperinflation, die Ende der achtziger Jahre teilweise mehrere Tausend Prozent erreichte, sowie das der Sicherheit im Land gelöst hat. Durch die gewaltsame Beendigung des Geiseldramas stieg sein Ansehen in der Bevölkerung von 38 Prozent auf 67 Prozent.

Die Geiselnahme lenkt den Blick auf die peruanische Justiz

Die wichtigste Forderung der MRTA war die Freilassung der Gefangenen und verurteilten Kämpfer der MRTA. Diese Forderung wirft ein Licht auf die Rechtsprechung und

die allgemeine Situation in den peruanischen Gefängnissen. 1992 verabschiedete Fujimori und sein Ministerrat, die das Land von April bis Dezember des genannten Jahres per Dekret regierten, eine neue *Antiterrorismusgesetzgebung*. Diese neuen Gesetze sollten der Legislative einen größeren Handlungsspielraum zur Bekämpfung der bewaffneten Gruppen von „Sendero Luminoso“, aber auch der MRTA, einräumen, denn 1991/1992 hatten deren Aktionen ein solches Ausmaß angenommen, daß Peru schon als „Libanon Lateinamerikas“ bezeichnet wurde.

Die Anti-Terrorismus-Gesetze zielten auf die Umsetzung einer neuen Strategie der Aufstandsbekämpfung durch die Stärkung der Rolle der Geheimdienste und der vom Militär gestützten *Zivilpatrouillen*. Mit der Einführung der Anti-Terrorismus-Gesetzgebung und der Rückkehr zu einer autoritären Regierungsform änderte sich das Schema der Menschenrechtsverletzungen: Waren zuvor Tausende Opfer des „Verschwindenlassens“ nach einer Inhaftierung oder von extralegalen Hinrichtungen geworden, so wurden zwischen 1992 und 1996 nach Angaben der peruanischen Regierung etwa 5000 Menschen wegen terroristischer Verbrechen angeklagt und verurteilt.

Die Verfahren widersprechen dabei allen internationalen Standards. So werden Zivilpersonen vor Militärgerichten mit anonymen Richtern angeklagt, ihre Rechte auf angemessene Verteidigung völlig mißachtet. (Siehe hierzu *G. M. Sierck*. Peru: Düstere Zukunft? Dokumentation Nr. 37 der Deutschen Kommission *Justitia et Pax*.) Private nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen sowie das Menschenrechtskomitee der Vereinten Nationen, das Komitee gegen Folter der Vereinten Nationen und verschiedene Sonderberichterstatter der UN-Menschenrechtskommission haben mehrfach die peruanische Regierung aufgefordert, das System der *anonymen Gerichtsverfahren* abzuschaffen und für die Freilassung der unschuldig Inhaftierten zu sorgen. Die peruanischen Menschenrechtsorganisationen vermuten, daß etwa 1400 Menschen unschuldig in den Gefängnissen einsitzen.

Im August 1996 verabschiedete der Kongreß endlich ein Gesetz, nach dem eine Ad-hoc-Kommission über die Begnadigung zu Unrecht Verurteilter befinden soll. Eine Wiederaufnahme der Verfahren oder die Annullierung der Urteile ist nicht vorgesehen. Auch fehlt eine Regelung zur Wiedergutmachung der zu Unrecht erlittenen Haft sowie der während der Haft erlittenen Qualen. Bislang wurden erst etwa 100 zu Unrecht Verurteilte entlassen. Der Ad-hoc-Kommission gehört auch der Priester *Hubert Lanssiers* an, der in Aufsätzen und Büchern immer wieder den inhumanen Strafvollzug anprangerte.

Die Probleme des peruanischen *Strafvollzuges* begannen nicht erst mit der Amtszeit von Alberto Fujimori, sondern bestimmen seit mehr als drei Jahrzehnten die Diskussion von Kriminologen, Juristen und Menschenrechtsorganisationen. Überfüllte Gefängnisse, fehlende sanitäre Einrichtungen, mangelhafte Gesundheitsfürsorge, mangelnde

Ernährung, jegliche Art der Korruption innerhalb des Strafvollzuges, jahrelange Haftzeiten für Untersuchungsgefangene (etwa 75 Prozent aller Strafgefangenen sind Untersuchungsgefangene, die im Durchschnitt vier Jahre auf eine Verurteilung warten müssen), das Fehlen jeglicher Resozialisierungsziele und Resozialisierungsmaßnahmen bestimmen den Gefängnisalltag.

Vollzugsbedienstete und Leiter von Strafvollzugseinrichtungen sind für ihre Aufgabe nicht ausgebildet. Die Organisation innerhalb der Anstalten bleibt weitgehend den Insassen überlassen. Dies hat oft zur Folge, daß die Stärkeren die Schwächeren drangsaliieren und ausbeuten, beispielsweise durch Erhebung von sog. „Abgaben“ für die Benutzung eines Bettes. In der Provinz werden oft Männer und Frauen in den gleichen Einrichtungen festgehalten, was für die Frauen oftmals sexuelle Ausbeutung und Vergewaltigung mit sich bringt.

Für die unter Terrorismusverdacht Inhaftierten bzw. die wegen Terrorismus oder Landesverrat Verurteilten kommt erschwerend hinzu, daß sie nur einmal im Monat für 30 Minuten von einem Angehörigen besucht werden können. Nach dem spektakulären Überfall auf die japanische Botschaft untersagte die Regierung jegliche Besuche für die Tausende wegen Delikten des Terrorismus und des Landesverrats Inhaftierten und Gefangenen. Und um Mißverständnissen vorzubeugen: Als Nestor Cerpa die Freilassung der gefangenen MRTA-Kämpfer forderte, hatte er nicht die unschuldig Verurteilten im Sinn. Ihm ging es um diejenigen, die sich zur Organisation bekennen, und von deren Freilassung er sich eine Stärkung der terroristischen Gruppe versprach.

Die Rolle der Kirche während der Geiselnahme

Im Zusammenhang mit der Geiselnahme erregten zwei Kirchenmänner Aufsehen: der Jesuitenpater *Juan Julio Wicht* und der Erzbischof von Ayacucho, *Juan Luis Cipriani Thorne*. Während der erste von vielen Peruanern bewundert wird, stehen sie Cipriani zweifelnd gegenüber. Juan Julio Wicht gehörte zu den Geiseln, die am 22. Dezember aufgrund ihres Alters oder wegen gesundheitlicher Probleme als erste freigelassen wurden. Als das MRTA-Kommando Wicht freilassen wollte, hatte er gebeten, bei den anderen Geiseln als Seelsorger ausharren zu dürfen. Zweimal in der Woche hörte er Beichte und hielt Gottesdienst. Die Menschenrechtskoordination, in der 47 peruanische Menschenrechtsorganisationen zusammengeschlossen sind, verlieh ihm am 14. Februar 1997 für diese Geste der Solidarität den Menschenrechtspreis der Organisation. Juan Julio Wicht ist dabei in der Menschenrechtsbewegung nicht unbekannt. 1989 gründete er die Friedensbewegung „Peru, Vida y Paz“, eine Organisation, die inmitten der politisch motivierten Gewalt des Landes, Zeichen des Friedens setzte und große Friedensdemonstrationen organisierte.

Das Friedensengagement von Erzbischof Cipriani ist dagegen neu. Bislang hatte er wenig Sympathie für die Men-

schenrechtsorganisationen in Peru. Im Gegenteil, mehrfach äußerte er sich abfällig und nicht gerade mit gewählten Worten über sie. Er verteidigte die Einführung der Todesstrafe und stellte sich hinter Geheimdienstchef *Vladimir Montesinos*, dem vorgeworfen wird, paramilitärische Gruppen gegen Oppositionelle eingesetzt und unterstützt zu haben. Auch kritisierte Cipriani den Vorsitzenden der Peruanischen Bischofskonferenz, als dieser die Sanktionsimmunität von Mitgliedern der Streitkräfte, die an Menschenrechtsverbrechen beteiligt waren, monierte. Nach der Geiselnahme in der japanischen Botschaft bot er am 25. Dezember nach einem, wie er es nannte, „pastoralen Besuch“ in dem Botschaftsgebäude seine Dienste als Vermittler an.

Erstaunlicherweise akzeptiert Nestor Cerpa dieses Angebot. Die Zeitschrift „ideele“ fragt in der Aprilausgabe, ob in der Osterwoche mit Bischof Cipriani ein Wunder geschehen sei, da dieser plötzlich von der Menschenwürde der MRTA-Kämpfer sprach, eine friedliche Beendigung des Geiseldramas forderte und zur Versöhnung aufrief. Damit widersprach er allen seinen bisherigen Äußerungen.

Allen öffentlichen Diskussionen und Demonstrationen der Angehörigen der Opfer zum Trotz beendete Präsident Fujimori die Geiselnahme gewaltsam. Alle Kämpfer der MRTA, zwei Soldaten und eine Geisel starben. Augenzeugen berichteten, daß auch Geiselnahmer, die sich bereits ergeben hatten, anschließend tot aufgefunden wurden. Erinnerungen wurden wach an die nie wirklich aufgeklärte Niederschlagung der Gefängnisaufläufe in Lima im Jahr 1986: Auch damals wurde der Vorwurf erhoben, Gefangene, die sich bereits ergeben hätten, seien erschossen und anschließend ohne gerichtsmedizinische Untersuchungen verscharrt worden.

Dies hatte letztlich den Zulauf zu „Sendero Luminoso“ gefördert. Terroristische Organisationen zielen darauf ab, den Staat zu Überreaktionen zu provozieren, um hierdurch Sympathie in der Bevölkerung zu erlangen. Mit der gewaltsamen Lösung des Konfliktes, die gleichzeitig den Verdacht bestehen läßt, daß auch Terroristen erschossen wurden, die unbewaffnet waren oder sich ergeben hatten, wurde die Möglichkeit verspielt, einer wirklichen Befriedung des Landes näherzukommen bzw. über sie nachzudenken. Nun steht zu erwarten, daß neue terroristische Gruppen auf sich aufmerksam machen werden, da die kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Ursachen, die der politisch motivierten Gewalt zugrunde liegen, nach wie vor die peruanische Gesellschaft beherrschen.

Als einzige Geisel starb der Richter *Carlos Guisti*. Sein Tod ist für die peruanische Justiz ein großer Verlust. Guisti hatte der Menschenrechtsbewegung immer nahe gestanden und 1990 zusammen mit anderen demokratisch gesinnten Richtern und Staatsanwälten eine alternative Richtervereinigung und ein Institut zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit in Peru gegründet. Die peruanische Justiz verliert mit ihm einen Richter, der den Willen und die Fähigkeit gehabt hätte, an einer Reform der Justiz mitzuwirken. *Gabriela M. Sierck*